

Nationaler Bienenaktionsplan

Aktuelle Gefährdungssituation von Honig- und Wildbienen

Die Bienen sind in Gefahr

Vor allem in intensiv landwirtschaftlich genutzten Gegenden sind Verluste von Honigbienen-Völkern und eine Schwächung der Bienen zu beklagen. Im Frühjahr 2017 sind außergewöhnlich viele Völker gestorben, Imker melden Verluste von bis zu 50 Prozent.¹ Den Parasiten Varroa-Milbe als Hauptursache zu benennen, wird dem Problem nicht gerecht. Vielmehr wird das Immunsystem der Bienen durch Hunger (fehlende Blühpflanzen, ausgeräumte Landschaften), einseitige Ernährung (Monokulturen) und Pestizide so stark geschwächt, dass sie anfälliger gegenüber Krankheiten und Parasiten sind.

Empfindlicher noch als Honigbienen sind die Wildbienen. Der anhaltende Schwund bei den Arten und den Individuenzahlen ist dramatisch. Von den über 550 in Deutschland beheimateten Wildbienenarten sind laut Roter Liste mittlerweile 197 Arten gefährdet, 31 vom Aussterben bedroht und 42 Arten stehen auf der Vorwarnliste. Auch in anderen europäischen Ländern sieht es nicht besser aus: Erstmals wurde 2014 die europaweite Situation der Wildbienenarten durch die Weltnaturschutzunion untersucht – mit alarmierendem Ergebnis. Fast jede zehnte Wildbienenart ist in Europa vom Aussterben bedroht.²

Bienen für Landwirtschaft und Ökosystem unverzichtbar

Bienen und andere bestäubende Insekten sind die Grundlage unserer Ernährung. Sie sind für die Bestäubung vieler Kulturpflanzen im Gartenbau und in der Landwirtschaft unverzichtbar. Zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen sind auf bestäubende Insekten angewiesen. Honigbienen und Wildbienen stellen einen großen ökonomischen Wert dar. Ihre Bestäubungsleistung wird weltweit auf 200 bis 500 Milliarden Euro pro Jahr³ geschätzt. Darüber hinaus sind Bienen unverzichtbar für den Fortbestand von Wildpflanzen, von denen wieder andere Tierarten abhängig sind. Das Bienensterben hat somit auch negativen Einfluss auf Arten- und Individuenzahlen von anderen Insekten, Vögeln und Säugetieren und somit auf das Funktionieren des gesamten Ökosystems.

Die Gründe für das Sterben von Wildbienen und Bienenvölkern liegen hauptsächlich in der industriellen Landwirtschaft. Diese ist von Überdüngung, dem Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide sowie dem Verlust von vielfältigen Strukturen wie Hecken, Feldrainen und Blühflächen gekennzeichnet.

Bienenaktionsplan zum Schutz der Bienen

Der jetzige Trend des Artenverlusts muss gestoppt und die Bienen geschützt werden. Nur so können wir Ökosysteme erhalten und damit auch unsere eigenen Lebensgrundlagen sichern. Anlässlich der internationalen UN-Biodiversitätskonferenz im Dezember 2016 in Mexiko wurde eine „Koalition der Willigen für Bestäuber“ gegründet, der auch Deutschland angehört. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat sich anlässlich der internationalen Bienenkonferenz Ende März 2017 in Berlin für den Schutz der Biene ausgesprochen. Geeignete Maßnahmen hat die Bundesregierung jedoch nicht ergriffen.

Dafür ist es nun höchste Zeit. Die Bundesregierung muss jetzt einen nationalen Bienenaktionsplan entwickeln und zügig umsetzen. Bienenschutz muss zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe werden und die Ziele zum Schutz von Bestäubern in möglichst vielen Bereichen (Umweltschutz, Landwirtschaft, Bildung, Verkehr, Stadtentwicklung, Bauen) verfolgt werden.

Eckpunkte eines nationalen Bienenaktionsplans

1. Bestäuber besser vor Pestiziden schützen

Eine besondere Gefahr für bestäubende Insekten geht vom hohen Pestizideinsatz aus. 35.000 Tonnen reiner Pestizidwirkstoff wurden im Jahr 2015 in Deutschland in der Landwirtschaft, auf kommunalen Flächen und in Hobbygärten ausgebracht. In der Tendenz nehmen sowohl die Menge der Pestizide als auch die Wirkintensität der einzelnen Stoffe zu. Fast alle Kulturen werden mehrmals im Jahr mit Pestiziden behandelt. Die Folgen dieser Spritzreihen sowie die Kombinationseffekte der Einzelwirkstoffe sind weitgehend unbekannt.

Maßnahmen:

- Verbot von für Bestäuber besonders gefährlichen Pestiziden wie Neonikotinoiden: Die Gefährlichkeit von Neonikotinoiden (eine Gruppe von Insektiziden) für Bienen ist vielfach wissenschaftlich belegt. So schwächen Neonikotinoide zum Beispiel das Immunsystem von Honigbienen, was die Bienen anfälliger für Krankheiten und Parasiten wie die Varroa-Milbe macht. Die Bundesregierung muss mit einem nationalen Neonikotinoid-Verbot vorangehen und sich auf EU-Ebene für ein unbefristetes Verbot aller Neonikotinoide einsetzen.

¹ <http://deutscherimkerbund.de/download/0-407>

² IUCN (2014): European Red List of Bees

³ IPBES (2016): Bestäuber: Unverzichtbare Helfer für weltweite Ernährungssicherheit und stabile Ökosysteme

- Keine Wiedezulassung von Glyphosat: Das Herbizid Glyphosat zerstört Lebensräume, so dass Insekten wie Wildbienen weniger oder keine Nahrung mehr finden. Glyphosat darf keine Wiedezulassung mehr erhalten. Es ist ein Ausstiegsszenario zu entwickeln, das den sofortigen Stopp jeglicher Anwendung von Glyphosat in blühenden Pflanzenbeständen beinhalten muss.
- Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide bei der Bewirtschaftung von kommunalen Flächen: Die Kommunen sollten bienenfreundlich und pestizidfrei werden und einen Beschluss dazu fassen. Die Alternativen zum Pestizideinsatz sind mehrjährige Stauden mit reichem Blütenangebot sowie mechanische und thermische Verfahren. Nicht nur für Bienen und Wildbienen sind diese Maßnahmen vorteilhaft, sondern auch für die menschliche Gesundheit und die Lebensqualität.
- Auslistung von bienengefährlichen Pestiziden aus Baumärkten und Gartenzentren: Im Hobbygarten ist der Einsatz von Pestiziden wirtschaftlich nicht notwendig und wegen oft mangelnder Sachkunde nicht verantwortbar.

2. Vorhandene Lebensräume erhalten, wiederherstellen und neue Lebensräume schaffen

Unseren Bienen und anderen Insekten fehlen Lebensräume und Nahrung. In Deutschland werden täglich 69 Hektar Land für neue Siedlungen und Verkehrsflächen versiegelt.⁴ Die Flächenkonkurrenz wird stärker, die Landwirtschaft wird intensiver und exportorientierter. Das führt zur Umwandlung von Brachflächen und Grünland in Ackerland, oft mit Monokulturen, die den Bienen keine Tracht mehr bieten. Wiesen werden eher und häufiger gemäht, so dass die Pflanzen nicht mehr zur Blüte kommen. Das entzieht den Bienen die Nahrung.

Maßnahmen:

- Identifizierung von Standorten, die Lebensraum für seltene und bedrohte Bestäuber-Arten sind und strenger Schutz dieser Gebiete: Bienenlebensräume können kleinräumig als geschützte Biotope im Sinne von §30 Bundesnaturschutzgesetz und großräumig zum Beispiel durch eigene Naturschutzgebiete gesichert werden.
- Erhalt aller Reste der extensiven alten Kulturlandschaft: Streuobstwiesen, Raine, Brachflächen bzw. noch erhaltene Reste davon bieten wertvollen Lebensraum für seltene und gefährdete Wildbienenarten. Doch solche Flächen fallen immer noch Flurbereinigungen zum Opfer. Notwendig ist die Reduzierung des allgemeinen Landschafts- und Flächenverbrauches, insbesondere ein Versiegelungsstopp von wertvollen Lebensräumen für Bestäuber.

- Schaffung von vielfältigen Strukturen in der Kulturlandschaft: Es müssen geeignete und großflächige Lebensräume (extensive Wiesen und Weiden, Randstreifen und Blühflächen mit heimischem Saatgut, Hecken etc.) angelegt werden, in denen Bienen Nahrung und Lebensräume finden. Diese neuen Lebensräume müssen Teil eines Biotopverbundes werden. Der Gesamtlebensraum der Wildbienen setzt sich aus einem Mosaik kleinerer Lebensräume (Habitats) zusammen. Viele Arten finden in einem Habitat Nahrung und Baumaterial, nisten aber in einem anderen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass diese Teil-Lebensräume miteinander verbunden sind. Das „Bundeskonzept Grüne Infrastruktur“ des Bundesamts für Naturschutz stellt den Vernetzungsbedarf auch an den für Bienen wichtigen Trockenlebensräumen dar.⁵ Nun müssen diese Konzepte in der Fläche zügig konkrete Umsetzung finden.

3. Landwirtschaft umgestalten

Die Bundesregierung muss die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) nutzen, um die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft voranzubringen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die mit der Natur wirtschaftet, statt gegen sie. In Deutschland stehen jährlich Direktzahlungen im Wert von über fünf Mrd. Euro zur Verfügung. Von diesem Betrag werden nur 4,5 Prozent in die zweite Säule umgeschichtet. Eine Umschichtung bis zu 15 Prozent wäre jedoch möglich.

Maßnahmen:

- Mehr Mittel für die zweite Säule: 15 Prozent der Direktzahlungen sind aus der ersten in die zweite Säule umzuschichten. Damit bekommen die Bundesländer die finanzielle Möglichkeit, mehr Gelder für die Umstellung auf Ökolandbau und z. B. für Agrarumweltmaßnahmen bereit zu stellen. Diesen Beschluss muss die Bundesregierung der EU-Kommission bis zum 1.8.2017 mitteilen, damit er für 2018 wirksam werden kann. Davon würden die kleinstrukturierte, standortgebundene bäuerliche Landwirtschaft und damit auch der Umwelt- und Naturschutz profitieren.
- Einführung und Verstärkung von bienenfreundlichen ackerbaulichen Maßnahmen wie z. B. vielfältigere Fruchtfolgen, Mischkulturen und der Einsatz von Nützlingen statt Insektiziden. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen dabei beraten und unterstützt werden.
- Ökologische Vorrangflächen (ÖVF) ausweiten: Auf den ökologischen Vorrangflächen müssen Randstreifen, Feldgehölze und andere wichtige Strukturelemente stärker gefördert werden. Pestizide haben auf ÖVF nichts zu suchen. Der ÖVF-Anteil ist ab

⁴ Statistisches Bundesamt (2017): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2016

dem Jahr 2018 von fünf auf sieben Prozent zu erhöhen. Diese Flächen sollen Landwirtinnen und Landwirte als Lebensräume zum Beispiel für bestäubende Insekten zur Verfügung stellen.

- Für den Anbau von Energiepflanzen müssen insektenbestäubende Blühpflanzen-Mischungen ohne Pestizideinsatz als Alternative zum Mais angebaut werden.

4. Zulassungsverfahren für Pestizide reformieren

Eine Reform des Zulassungsverfahrens ist dringend geboten. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene und national dafür stark machen. Das derzeitige Zulassungsverfahren für Pestizide leistet keinen ausreichenden Schutz von Mensch, Tier und Umwelt.

Maßnahmen:

- Die Auswirkungen von Pestiziden auf sensible Arten wie z. B. gefährdete Wildbienen müssen zukünftig berücksichtigt werden. Da Insekten in der Agrarlandschaft nicht nur einem Pestizid ausgesetzt sind, müssen mögliche Kombinationseffekte verschiedener Wirkstoffe beachtet werden. Weiterhin ist es notwendig, die Effekte durch wiederholte Anwendung von Spritzmitteln zu beachten.
- Es muss eine industrieunabhängige Prüfung der subletalen Effekte sowie der Langzeitfolgen von Pestiziden unter realistischen Bedingungen erfolgen, deren Ergebnisse in die Zulassungsverfahren einfließen müssen.
- Untersucht werden muss künftig, wie sich Pestizide auf die Entwicklungsstadien von Bienen und Bienenvölkern auswirken, welchen Einfluss Pestizide auf die Lebensdauer sowie die kognitiven Fähigkeiten einer Biene haben und wie Pestizide die Überwinterungsfähigkeit eines Volkes beeinträchtigen.
- Die notwendigen Zulassungsprüfungen dürfen nicht mehr von den antragstellenden Pestizidfirmen, sondern müssen von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten durchgeführt werden. Die Studien müssen über einen industrieunabhängig verwalteten Fonds finanziert werden, der aus Gebühren der antragstellenden Firmen gespeist wird.
- Transparenz ist dringend notwendig. Alle im Zulassungsverfahren eingereichten Studien müssen öffentlich zugänglich und durch andere Wissenschaftler überprüfbar sein. Zur Transparenz gehört auch die Information, welche Expertinnen und Experten beteiligt sind und wer sie warum benannt hat, inklusive einer etwaigen früheren oder aktuellen Zusammenarbeit mit der Industrie.

5. Weiterbildung und Forschung intensivieren

In vielen Bereichen sind mangelnde Kenntnisse über die enorme Bedeutung von Bienen und anderen Bestäubern für unsere Ökosysteme festzustellen. In der Landwirtschaft fehlen häufig Informationen oder finanzielle Möglichkeiten, um Alternativen zu den Pestiziden einzusetzen. Bienen-Expertinnen und -Experten sind rar und oft ausschließlich ehrenamtlich tätig.

Maßnahmen:

- Verstärkung der Forschung zu Alternativen zum Pestizideinsatz in der Landwirtschaft.
- Erhöhung der Zahl der Bienenexpertinnen und -experten auf allen Ebenen. Finanzielle Ressourcen und Fachkenntnisse zum Schutz von Bienen und anderen Bestäubern müssen auf Bundes- und kommunaler Ebene sowie bei den landwirtschaftlichen Beraterinnen und Beratern zur Verfügung gestellt werden.
- Verbesserung von Aus- und Fortbildung zum Thema Bienen-schutz. So muss zum Beispiel in landwirtschaftlichen Berufsschulen der Stellenwert von Bestäubern für die Biodiversität zum festen Lehrplaninhalt werden.
- Einführung eines Langzeit-Monitorings von Insekten in Deutschland, um die Entwicklung von Insektenarten zu beobachten und Maßnahmen zum Schutz von Insekten bewerten zu können.

Weitere Informationen:

www.bund.net/bienenaktionsplan
www.aurelia-stiftung.de